

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandselder sind an Otto Sehm's, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt. Aus dem Leben der deutschen Textilarbeiter. — Wie steht es um die Lebenshaltung der deutschen Textilarbeiterschaft? (III). — Maßnahmen zur Verhütung und Linderung der Arbeitslosennot im Wuppertal (II). — Aus der Textilindustrie. — Regierungskritik an der Tätigkeit der Kriegsfürsorgeämter. — Blutdurst. — Zum Vorbild. — Aus den Gewerkschaften. — Soziales. — Aus Handel und Industrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Zum Totenfest (Gedicht). — Briefkasten. — Verbandsanzeigen.

Aus dem Leben der deutschen Textilarbeiter.

Kürzlich kam in Aachen ein Tuchmacher auf unser dortiges Verbandsbureau mit dem Ersuchen, ihm ein Gesuch anzufertigen an die städtische Kriegsfürsorge um Gewährung einer einmaligen Hilfe, da er nicht wisse, wo er die 10 Mk. Miete für seine elende Dachkammerwohnung hernehme solle. Er verdiene nur 20 Pf. die Stunde und bringe es mit einer kleinen Prämienzulage auf 13 Mk. Verdienst in fünf Tagen. 20 Pfennige Stundenlohn für einen erwachsenen männlichen Arbeiter! 20 Pfennige Stundenlohn von einer großen leistungsfähigen Tuchfabrik in Aachen! 20 Pfennige Stundenlohn von einer Firma, deren Inhaber sich noch oben drein sehr gern im Lichte der Wohltätigkeit zeigen! 20 Pfennige Stundenlohn für einen erwachsenen männlichen Arbeiter, in einer Zeit, wo den Tuchfabriken durch Seeresaufträge eine sehr glänzende Geschäftssperiode beschieden war. Vor kurzem ist erschienen der Jahresbericht der Akt.-Ges. Tuchfabrik Aachen, vorm. Süßkind u. Sternau. Man kann ihn gewiß ansprechen als Maßstab für die derzeitige Ertragsfähigkeit der Aachener Tuchfabriken. Im Vergleich zum Vorjahr gestellt, sieht der Bericht so aus:

	1914/1915	1913/1914
Bruttogewinn	1 228 000 Mk.	201 000 Mk.
Handlungsumkosten:		
Zinsen, Versicherungsprämien, Provision	198 448	176 617
Abzugsgewinn	1 024 000	24 000
Abreibungen	223 253	86 729
Reingewinn	768 064	12 000 (Verlust)
Außerordentliche Rücklage	250 000	—
Arbeiterunterstützungsfonds	50 000	—
Dividende (15%)	225 000	—
Zantlemen, Remunerationen	155 744	—
Vortrag für nächstes Jahr	112 680	—

Viele Leser werden zunächst ihren Augen kaum trauen, wenn sie diese Zahlen vor sich sehen. Bei den Unternehmern in Aachen, da wird Verdienen groß geschrieben, bei den Textilarbeitern aber klein. Ist es nicht unsagbar beschämend für die Aachener Textilindustrie, daß sie in einem Jahre, wo sie ganz ungewöhnlich hohe Gewinne einstreichen kann, erwachsene Arbeiter so erbärmlich entlohnt, daß sie die städtische Kriegsfürsorge um Hilfe angehen müssen, um ein Dach über dem Kopfe zu behalten? Und es handelt sich hier nicht etwa um eine Ausnahme. O nein! In der Aachener Textilindustrie scheint man die Arbeiter in den Hilfsindustriezweigen allgemein so ungenügend zu entlohnen. Ein Witwer, Vater mehrerer Kinder, war wegen Arbeitsmangel arbeitslos geworden. Auf ein Inserat hin meldete er sich als Wallgehilfe bei der Firma Dechamps u. Drouber, Tuchfabrik in Aachen, die ihm einen Stundenlohn von 24 Pf. bot. In der Filzfabrik von Fischer u. Meder wurden dem Manne, sowie auch anderen sich meldenden Arbeitern, 25 Pf. pro Stunde geboten. Eine andere Tuchfabrik Aachens nahm den Mann schließlich für 25 Pf. Stundenlohn in ihre Appretur. Nun stelle man sich einmal vor die wirtschaftliche Lage dieser Textilarbeiter, bei der heutigen beispiellosen Teuerung. Es ist gewiß gern zu glauben, daß der zuletzt erwähnte Arbeiter in der Zeit des Krieges eine Gewichtsabnahme von 18 Pfund zu verzeichnen hat. Andere Aachener Textilarbeiter behaupten bis zu 30 Pfund an Körpergewicht abgenommen zu haben. Wie mag es da erst um die armen Kinderchen bestellt sein? Es ist ja ganz undenkbar, daß sich die Arbeiter bei so geringen Löhnen und bei der großen Teuerung sattessen können. Die Armenärzte dürften wohl schon oft die blutarmen Zeugen der Unterernährung vor Augen gehabt haben. Es ist nur zu bedauern, daß die Stadtverwaltungen sich in der Regel darauf beschränken, Hilfe in den ärgsten Notfällen zu gewähren, anstatt vorbeugend einzugreifen, damit solche argen Notfälle nicht erst eintreten. Man sollte sich doch auch in jenen Kreisen und darüber hinaus in den Kreisen der höheren Verwaltungsbehörde und auch bei der Regierung die Frage durch den Kopf gehen lassen, ob das denn noch ein zu billiger Zustand ist, daß, wie in Aachen, Tuchunter-

nehmer solche enormen Gewinne einstecken und den Tucharbeitern Löhnezahlen, die sie dem langsamen Hungertode ausliefern. Folgendes Glendsbild aus dem Familienleben der Aachener Textilarbeiter zeigt, daß wir nicht etwa zuviel gesagt haben.

Ein Aachener Appreturarbeiter, Vater mehrerer Kinder, ebenfalls Witwer, der auch einen ähnlich niedrigen Lohn in einer großen Aachener Tuchfabrik bezieht, sah von Tag zu Tag, wie seine Kleinen blässer und hinfalliger wurden. Schließlich brach das zwölfjährige Töchterchen vollends zusammen. Einen Arzt zu Rate zu ziehen, dazu langte es nicht. Der Zustand der Kleinen wurde aber immer bedenklicher. Endlich rafft der Vater sich auf und geht zum Armenarzt mit der Bitte, der Arzt möge doch einmal zu seinem schwerkranken Kinde hinkommen. Es wurde ihm dort der Bescheid, daß es dem Armenarzt an Zeit gebrähe, in seine Behausung zu kommen. Er solle mit dem Kinde in die Sprechstunde gehen. Gehen konnte das Kind nicht, zu einem Wagen langts nicht, was tun? Ohne den Rat eines Arztes eingeholt zu haben, will der Vater das Kind nicht sterben lassen, vielleicht ist noch zu helfen. Also nimmt er das sterbensranke zwölfjährige Mädchen auf seine Arme und tritt so den Weg zum Armenarzt an. Der Armenarzt muß wohl gesehen haben, daß nicht mehr zu helfen ist, und heißt den Vater, sein Kind zum Spital tragen. Dort liefert der Armste sein Kind bereits mit gebrochenen Augen ab. Das arme Wesen schied noch in derselben Nacht aus dem Leben. So sterben diese Kinder, deren Väter bei angestrengter Arbeit in Diensten schwer begüterter Fabrikanten 20 bis 30 Pf. Stundenlöhne verdienen.

Sollte es nicht möglich sein, in Aachen einen Arzt zu finden und die Mittel dafür zusammenzubekommen, daß der Gesundheitszustand der Aachener Textilarbeiterkinder einmal richtig festgestellt wird? Eigentlich wäre das Sache der Stadtverwaltung. Im Interesse der Zukunft Aachens schon wäre es nötig, daß einwandfrei festgestellt würde, wie es um den Nachwuchs der Textilarbeiter, in dem doch die Zukunft der Aachener Textilindustrie ruht, bestellt ist. Man spricht und schreibt jetzt so viel von Menschenökonomie. Es hat sich eine besondere Gesellschaft für Bevölkerungspolitik gegründet. In den Bezirken der deutschen Textilindustrie dürfte für jene Gesellschaft recht dringende, verdienstvolle Arbeit zu verrichten sein, nicht so sehr auf dem Gebiete der Bekämpfung der Gefahren, die das deutsche Volk vermöge des Sinkens der Geburtenziffer bedrohen sollen, als vielmehr auf dem Gebiete der Förderung des physischen Wertes und der Lebensverlängerung der Bevölkerung. An Kindern mangelt's in der Regel in Textilarbeiterfamilien nicht, wohl aber an den Existenzmitteln, die Kinder satt zu machen, sie vor Siechtum und frühem Tode zu bewahren.

Es ist nicht nur in Aachen so schlimm bestellt um die Existenz der Textilarbeiterbevölkerung. Auch aus Thüringen vernehmen wir gar schlimme Berichte. In Pößneck ist dem Gemeinderat vor kurzem der Bericht über eine solche ärztliche Untersuchung an Schulkindern der Gemeinden Pößneck, Schlettwein und Herrschdorf in Sachsen-Meiningen bekanntgegeben worden. Es handelt sich hier um Kinder eines typischen Weberdistriktes. Nach dem Bericht eines bürgerlichen Blattes äußerte sich ein Stadtverordneter dahin, daß dieser Schularztbericht ein recht trübes Bild von dem Gesundheitszustand der Jugend zeige. Nur etwa ein Drittel der untersuchten Kinder verfüge über eine fehlerfreie Körperbeschaffenheit, bei dem übrigen Teil sei der Zustand mittel oder günstig. Groß sei die Zahl der zu Skrofulose neigenden Kinder, was sehr bedenklich sei, wenn berücksichtigt werde, daß Skrofulose und Tuberkulose verwandte Erscheinungen seien. Auch schadhafte Zähne, Nasen-, Aachen- und Halsleiden bilden einen großen Prozentsatz unter den Kindern. Zur Abwehr dieser Zustände müsse in der Schule das orthopädische Turnen eingeführt werden, doch könne dieser Frage erst nach dem Kriege nähergetreten werden, da es bis jetzt an geeigneten Lehrkräften fehle. Bis dahin müßten aber Schule und Haus unbedingt ihre Schuldigkeit tun. Von der Schule geschähe da jetzt schon viel: Verabreichung warmen Frühstücks, Ferienkolonien, die freilich in diesem Jahre nur in beschränkter Anzahl zur Verfügung ständen, gemeinsames Baden, Atem- und Galtungsübungen während des Unterrichts — das seien die Vorbeugungsmaßnahmen, die jetzt schon von der Schule angewendet würden. Aber von Schule und Haus müßte noch viel mehr getan werden, wenn bessere Zustände geschaffen werden sollen.

Was hier vorgeschlagen worden ist, um dem Uebel zu steuern, ist sicherlich recht gut gemeint, aber es ist und bleibt ungenügendes Flickwerk, wenn es nicht gelingt,

die Textilarbeiterschaft in bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu bringen. Die Wurzeln dieses Glendsteden viel tiefer, als daß sie mit solchen ungenügenden Mitteln wie Turnen und Atemübungen beseitigt werden könnten. Wurde doch in jener Gemeinderatsitzung bei einer anderen Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Lage der Pößnecker Textilarbeiter am gedrücktesten sei und hier in erster Linie Aufbesserung angestrebt werden müsse. Mehr Lohn, mehr Brot, mehr Fleisch! Das ungefähr dürften die Mittel sein, die dem Kinderelend auch in jenem Weberdistrikt Sachsen-Weimars ein Ende machen.

Aber da dürfen sich die Textilarbeiter nicht auf andere verlassen. Wollen sie, daß der Karren, auf dem ihre Existenz einhergeschleppt wird, aus dem Morast des Glend herauskomme, dann werden sie das selbst bewerkstelligen müssen. Die Hilfe anderer wird immer nur eine ungenügende Verbesserung der Wegzehrung sein, aber den Karren nicht auf einen besseren Weg bringen. Es hilft schon nichts anderes wie die Organisation der Arbeiter, die Zusammenfassung aller zur Erreichung gemeinsamer Ziele

Wie steht es um die Lebenshaltung der deutschen Textilarbeiterschaft?

III.

In voriger Nummer war in dem Artikel „Wie steht es um die Lebenshaltung der deutschen Textilarbeiterschaft?“ eine Gegenüberstellung von Unterstützungssätzen einer Anzahl sächsischer Gemeinden gegeben worden. So hieß es z. B.: „Glauchau hält für 5 Köpfe 13,80 Mk. für genügend; Grimmitzschau, das nur wenige Kilometer davon entfernt ist, hat 18 Mk. als Unterstützungssatz festgesetzt.

Limbach zahlt pro Woche 8 Mk. für fünf Köpfe, Reuterdorf pro Woche 15 Mk.“

Wir hatten diese Gegenüberstellung dem Material für Referenten übernommen. Es wurde uns nun bekannt, daß Grimmitzschau zu gut weggekommen ist; es zahlt weniger wie Glauchau: nicht 18, sondern nur 12 Mk. Es ist das noch der Satz vom vorigen Jahr. Für die jegliche Erwerbslosigkeit wird die Regelung erst erfolgen. Er wird wahrscheinlich mit Werdau zusammen einen Zweckverband gründen.

Umgekehrt ist Limbach wohl etwas zu ungünstig weggekommen. In Limbach besteht kein Regulativ. Die Unterstützungsgehuche werden von Fall zu Fall behandelt. Die Unterstützungssätze bewegen sich zwischen 3 und 8 Mk. für eine Person; letzterer Satz kommt aber nur selten in Anwendung. Die Unterstützungssätze für Mann und Frau mit großer Kinderzahl dürfen zusammen 18 Mk. nicht überschreiten.

Maßnahmen zur Verhütung und Linderung der Arbeitslosennot im Wuppertal.

II.

Inzwischen hatten sich die Zustände noch verschlimmert; zur Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie ist die im Schneidergewerbe getreten, und infolgedessen sah sich die Gewerkschaftskommission für Elberfeld-Barmen veranlaßt, eine Eingabe an die Stadtverwaltung zu richten, zwecks Erhöhung der städtischen Arbeitslosenunterstützung.

Die Eingabe, die unter Mitwirkung unserer Ortsverwaltung zustande kam, lautet:

Barmen, den 22. Oktober 1915.

Eingabe betr. Erhöhung der städtischen Arbeitslosenunterstützung.

In den letzten Monaten machte sich eine immer schärfer hervortretende Arbeitslosigkeit bemerkbar. In der Konfektion sind die laufenden Seeresaufträge ganz plötzlich ausgeblieben, die Maßbranche weist eine ungünstige Konjunktur auf, während in der Textilindustrie mehr und mehr die Wirkungen der für diese Industrie erlassenen Herstellungsverbote in die Erscheinung treten. Die Zahl der männlichen und weiblichen brachliegenden Arbeitskräfte wächst ständig, ein großer Teil in der Textilindustrie tätiger muß mit verkürzter Arbeitszeit und verkürztem Lohn arbeiten. Daß sich die Verhältnisse bessern, ist kaum anzunehmen, im Gegenteil, mit der Länge des Krieges wird die Arbeitslosigkeit in den erwähnten Erwerbszweigen nicht nur an Umfang zunehmen, sondern auch auf andere Industriezweige übergreifen. Der bevorstehende Winter ist dabei als ungünstiger Faktor außerdem in Rechnung zu stellen.

Diese Verhältnisse machen die Frage der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wieder aktuell. Mit den zurzeit bestehenden Unterstützungssätzen den notwendigen Lebensbedarf zu decken, ist unmöglich.

Die unterzeichneten Körperschaften als die Interessentenvertretung der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen

Barmens und Elberfelds gestatten sich deshalb, folgende Anträge zur Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not der Stadtverwaltung zur Prüfung und Annahme zu empfehlen:

- 1. Die Arbeitslosenunterstützung erfährt eine Erhöhung in der Weise, daß der festgesetzte Ortslohn als Existenzminimum bei der Arbeitslosenunterstützung zugrunde gelegt wird.
2. Im Falle der Arbeitslosigkeit wird gezahlt:
a) für das Familienoberhaupt bzw. den Haushaltsvorstand der Ortslohn für männliche erwachsene Arbeiter; für jedes Kind ein Zuschuß von 10 Proz. des Unterhaltungsbedarfes;
b) für alleinlebende Personen der für ihre Person maßgebende Ortslohn.
3. Das durch Erwerbsarbeit erzielte Einkommen wird voll aufgerechnet. Renten, Pensionen und sonstige Zuwendungen kommen mit 33 1/3 Proz. in Anrechnung.
Gewerkschaftsunterstützung wird nicht in Anrechnung gebracht. Die bisherigen Grundzüge über den Bezug der Arbeitslosenunterstützung bleiben bestehen, und zwar mit der Aenderung, daß zur Regelung von Streitfällen eine dem Arbeitsnachweis angegliederte Kommission geschaffen wird.
4. Krankentassenmitglieder, welche erwerbslos werden, sind verpflichtet, sich bei ihrer Krankenkasse gemäß § 313 der A.B.O. mindestens in der dritten Lohnklasse der Ortskrankenkasse oder einer entsprechenden Stufe der Kasse, der sie angehören, weiter zu versichern. Sie erhalten die Versicherungsbeiträge nach Maßgabe der in Frage kommenden Lohnstufe ersetzt und zur Arbeitslosenunterstützung zugerechnet.
5. Die Krankengeldbezüge werden auf die der Familie gezahlte Unterstützung nach Maßgabe der Lohnstufe voll angerechnet.

Gründe.

Ueber das Vorhandensein der Arbeitslosigkeit dürften Meinungsverschiedenheiten kaum vorhanden sein. Auch darüber dürfte Einseitigkeit der Auffassung herrschen, daß die gegenwärtigen Sätze der Arbeitslosenunterstützung unzureichend und durch die Entwertung längt überholt sind. Dabei ist zu bedenken, daß die Preise aller Lebens- und der wichtigsten Gebrauchsartikel fortgesetzt steigen. Die Beschaffung von Lebensmitteln wird den ärmeren Klassen immer mehr erschwert; schlechte und doch teure Surrogate werden als Ersatz für Volksnahrung verwendet. Welche schwereren Gefahren das in sich schließt, braucht — weil allgemein bekannt — nicht dargetan zu werden.

Wir betrachten die Zahlung des festgesetzten Ortslohns als das mindeste — als das Existenzminimum —, das der Mensch zur Fristung seines Lebens unbedingt braucht.

Die für Familienmitglieder — Kinder — beantragten Zuschüsse sind den Verhältnissen angepaßt und bauen sich auf dem durchaus gefunden Prinzip der Familienzuschüsse auf. Dieses Prinzip hat sich, wegen seiner volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, bei einer Reihe namhafter Kommunen erfolgreich durchgesetzt.

Wird der beantragte Unterstützungsbetrag als Existenzminimum betrachtet, so folgert daraus, daß die während der Unterstützungszeit erzielten Einkommen durch Erwerbsarbeit in Anrechnung zu bringen sind. Es bietet dies zugleich eine Gewähr gegen den Mißbrauch der Unterstützungseinrichtung.

Wie bei allen derartigen Einrichtungen werden sich auch hier Streitfälle ergeben, besonders hinsichtlich der Anwendung der bestehenden Grundzüge. Zur Erledigung dieser Fälle beantragen wir die Schaffung einer Kommission, die in Anbahnung des Arbeitsnachweises solche Fälle zur Entscheidung zu bringen hat. Bei dem hochentwickelten Grad unserer städtischen Organisationen dürfte es nicht allzu schwer halten, eine vollkommene, die Arbeitslosenfürsorge bearbeitende Organisation zu schaffen. Die Unterstützung der unterzeichneten Körperschaften ist der Stadtverwaltung in dieser Frage sicher.

Daß Gewerkschaftsunterstützungen nicht angerechnet werden, ist ein alter, gut bewährter Grundsatz auch der Stadtverwaltung.

Im Interesse der Allgemeinheit als auch besonders der durch Arbeitslosigkeit Heimgesuchten liegt es, daß die Rechte an die Krankenversicherung den Arbeitslosen nicht verlustig gehen. Damit wird nicht nur die Armenverwaltung finanziell entlastet, sondern es wird damit auch für die von Krankheit betroffenen Erwerbslosen eine sachgemäße Heilbehandlung gewährleistet. Durch Gewährung der Beiträge für die entsprechende Lohnklasse wird dieses Ziel mit verhältnismäßig geringen Mitteln erreicht.

Wir verkennen nicht, daß mit der Durchführung unserer Anträge neue Lasten für die an sich schon schwer belastete Kommune verbunden sind. Es muß aber andererseits auch berücksichtigt werden, daß die verauslagten Mittel zu zwei Dritteln vom Staate zurückvergütet werden. Bedenken finanzieller Art sollten bei der Beurteilung unserer Anträge zurückstehen, wo es sich darum handelt, den durch den Krieg so hart Betroffenen die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Die Arbeitslosen sind Opfer des Krieges und haben ein Anrecht auf Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit, von der ja in der Hauptsache und fast ausschließlich ihre Existenz abhängt.

Es sei uns noch gestattet darauf hinzuweisen, daß einige Kommunen, ähnlich dem von uns vorgeschlagenen System, die Arbeitslosenunterstützung festgelegt und namhafte Erhöhungen vorgenommen haben.

Wir bitten um recht wohlwollende Behandlung unserer Eingabe und zeichnen

hochachtungsvoll

Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld:

J. A.: Paul Sauerbred, Barmen, Allee 237.

Kartell christlicher Gewerkschaften:

J. A.: Alois Weising, Barmen, Wüchlinghauser Str. 81.

Ortsverband der Gewerksvereine S.-D.

J. A.: Paul Schneider, Oberdenkmalstraße.

An den Herrn Oberbürgermeister und die Herren Stadtverordneten in Barmen.

Auch die Unternehmer haben sich gerührt. Sie waren Anfang Oktober d. J. auf die traurigen Zustände im Erwerbsleben der Textilarbeiter aufmerksam gemacht worden und antworteten darauf das Folgende:

Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk. Geschäftsstelle: Elberfeld, Berliner Str. 44. Fernspr. 4755.

Elberfeld, den 22. Oktober 1915.

An den Deutschen Textilarbeiterverband Geschäftsstelle Barmen.

Unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 2. ds. teilen wir Ihnen auf Ihr Ersuchen um Unterstützung Ihrer Eingabe an die Gemeindeverwaltungen betr. Maßnahmen zur Verhütung und Linderung der Arbeitslosennot folgendes mit:

Wir erkennen ohne weiteres an, daß sich die Arbeiter der Textilindustrie in den jetzigen Zeiten in einer großen Notlage befinden, welcher mit allen Mitteln abzuwehren versucht werden muß. Wir tun ebenfalls alles, was in unseren Kräften steht, um die Arbeitslosennot zu lindern und sind dementsprechend auch gerne bereit, in einem durch die Gemeindeverwaltungen evtl. zu bildenden Ausschuss an der Lösung der Frage mitzuarbeiten.

Mit Hochachtung

Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk. Der Geschäftsführer: gez. Dr. Goddiß, Rechtsanwalt.

Die Zentralarmenverwaltung der Stadt Barmen hat sich schon mit der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung befaßt. Die Verwaltung will der Stadtverwaltung eine Erhöhung der bisherigen Unterstützung um 25 Proz. vorschlagen.

Die Arbeitslosensätze würden danach betragen:

Table with 4 columns: Category, pro Woche, bisher, nach obigem Vorschlag. Rows include Familienhaupt, Ehefrau, Kinder über 14 Jahre, etc.

Bemerkenswert ist jedenfalls, daß die Stadt Barmen die Regelung dieser Angelegenheit der Armenverwaltung überwiesen hat. Die Arbeitslosenunterstützung gilt rechtlich nicht als Armenunterstützung; man wird aber das Gefühl nicht los, daß die Regelung dieser Unterstützung mehr vom Gesichtspunkt der Armenpflege als vom Gesichtspunkt der Fürsorge für unglückliche Kriegsoffer erfolgt ist. Denn auch die vorge schlagenen Sätze sind für so teures Pflaster, wie es Barmen aufzuweisen hat, völlig unzureichend, und die Stadtvertretung wird schon tiefer in den Stadtsäckel greifen müssen, wie es die Armenverwaltung zulassen will.

Aus der Textilindustrie.

„Welcher blödsinnige Krieg! und alles das zum Nutzen der Yankee, die Millionen verdienen werden, während die Völker Europas Millionen Menschen opfern werden.“ Diese Worte soll nach einer Darstellung des „Berliner Lokal-Anzeiger“ der letzte französische Botschafter in Berlin, Herr Jules Cambon, der jetzige tatsächliche Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs, am 2. August 1914 in seinem Botschafterpalais ausgerufen haben, als er die kriegerischen Vorbereitungen unter den Linden in Berlin sah. Wir glauben, daß ihm wohl alle in der Charakterisierung dieses Krieges zustimmen werden. Es ist ein Krieg, der nur das Produkt des Blödsinns sein kann. Wir alle sind ja Zeugen des Vorganges, wo die amerikanischen Kapitalisten sich lachend die Hände reiben ob des glänzenden Geschäftes, das sie durch den europäischen Krieg machen. Nicht Millionen, nein Milliarden schlucken die Yankee, während die kriegsführenden Staaten Europas die Blüte des männlichen Teiles der Menschheit und damit auch den besten Teil der Kraft vernichten, welche die Quelle des zukünftigen Wohlstandes ist. Nicht nur, daß die Yankee während des Krieges durch ihre Munitions- und sonstigen Kriegslieferungen Berge von Gold aus Europa zusammenhäufen, ihr Sinnen und Trachten ist auch darauf gerichtet, nach dem Kriege, ja für alle Zeiten, Nutzen daraus zu ziehen, daß die europäischen Industrieländer sich gegenseitig so schwere Wunden, Wunden, die in einem Menschenalter nicht vernarrt sein werden, zufügen. Es ist von uns schon früher darauf hingewiesen worden, daß auch die amerikanische Textilindustrie bestrebt sein werde, die Zeit des Krieges, wo der Export der deutschen Textilindustrie nach überseeischen Ländern unterbunden ist, auszunutzen, um die deutschen Textilprodukte zu verdrängen. Wie richtig diese unsere Ansicht gewesen ist, tritt jetzt in den Ausfuhrziffern über den Export amerikanischer Textilprodukte zutage.

Die Ausfuhr in Strumpfwaren aus den Vereinigten Staaten betrug in dem Ende Juni abgelaufenen Jahre 13 080 445 Dollar gegen nur 2 546 822 Dollar im vorhergegangenen Jahre. Die Ausfuhr ist also um mehr als das Fünffache gestiegen!

Dieses Ergebnis — eine Folge der fast gänzlichen Ab-sperrung deutscher Fabrikate — hofft man nun, auch für Friedenszeiten festhalten zu können.

Ein großer amerikanischer Exporteur hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Krieg noch ein Jahr dauern möge, dann sei die Erweiterung des Ausfuhrhandels der amerikanischen Textilindustrie für alle Zeiten als gesichert zu betrachten. Das ist auch unsere feste Ueberzeugung, und daher sind wir um die Zukunft unserer Industrie in banger Sorge, wenn wir sehen, daß die Dinge einen Lauf nehmen, als solle der Kriegszustand für alle Ewigkeit erhalten bleiben. Was es heißt, wenn aus dem Hauptausfuhrhafen New York in letzter Zeit wöchentlich für 150 000 bis 400 000 Dollar Strumpfwaren verschifft worden sind, braucht nicht erst näher erörtert zu werden.

Auch die japanische Baumwollindustrie mit dem Krieg nach Kräften für ihre Exportbestrebungen aus. Seit März 1914 ist die Spinnspindelzahl um etwa

eine halbe Million vermehrt worden und beträgt zirka 8 Millionen. Die Zahl der Webstühle stieg um 3000. Nach der neuesten Zählung gab es in Japan 144 000 weibliche und nur 26 000 männliche Baumwollarbeiter. Nach der „Böliner Zeitung“ hat das Ausfuhrgeschäft in baumwollenen Flanellen so zugenommen, daß die Ausfuhr in diesem Artikel beinahe die Hälfte der Erzeugung ausmacht. Welbet wurde früher fast ausschließlich aus Deutschland und England bezogen, jetzt beginnen die japanischen Webereien den Welbet selbst herzustellen. Wenn auch die deutsche Textilindustrie durch die japanische Flanellausfuhr nicht direkt getroffen werden dürfte, so doch sicher indirekt. Denn wenn durch diese Steigerung der Ausfuhr in Japan der Textilindustrie eines Landes Konkurrenz gemacht wird, die mit der deutschen Textilindustrie konkurriert, dann wird eben auch der Konkurrenzkampf dieser Industrie mit unserer eine Verschärfung erfahren. Und man rechnet sicher in unserer Industrie mit einer erheblichen Verschärfung des Konkurrenzkampfes, sobald der Krieg sein Ende gefunden haben wird. Immer neue Konventionen treten ins Leben, um in der Konvention für den inneren Markt eine Waffe zu besitzen. 20 der bedeutendsten Fabrikanten in Auerbach i. B., Elberfeld, Falkenstein, Forst, Fulda, Grünbach, Münchberg, Oberlichtenau, Reichenbach i. B., Delsnik, Schönberg, Plauen und Schöned haben eine „Vereinigung deutscher Kongrestoff-Cardinen- und Tapiseriestoff-Webereien“ gegründet. Die Einführung einheitlicher Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen ist Zweck der Gründung. Von einer Reihe ähnlicher Gründungen konnten wir schon kürzlich berichten. Alle diese Gründungen verfolgen den Zweck, durch Ausschaltung des Konkurrenzkampfes die Absatzverhältnisse auf dem Inlandsmarkt zu vereinfachen, um Kräfte für den Konkurrenzkampf auf dem Auslandsmarkt freizubekommen.

Der Internationale Verband der Seidenfärbereien Frankfurt a. M. hat mit Wirkung vom 1. Oktober ab eine Erhöhung des Steuerungsauflages von 50 v. S. für Schwarz und 40 v. S. für Farbig eintreten lassen:

a) Färbungen von realer Seide und Schappe usw. (alle Nummern der Farbpreislifte mit Ausnahme von Kunstseide) Schwarz bis einschl. 80 v. S. Erhöhung 65 v. S. (bish. 50 v. S.) höhere Erhöhungen 75 v. S. (bish. 50 v. S.) Für Persian-Couple schwarz tritt bei den Nummern 87—92 der neue Aufschlag von 25 v. S., also insgesamt 55 v. S. (statt bisher 30 v. S.) ein auf die jetzt gültigen erhöhten Grundpreise.

Farbig unerschwert 40 v. S. (bish. 40 v. S.) erschwert (und zwar alle irgendwie gearteten Erhöhungen) 50 v. S. (bish. 40 v. S.) Die Zuschläge (brillant usw.) für Schwarz und Farbig werden jeweilig mit dem gleichen Steuerungsauflage wie die zugehörigen Färbungen berechnet.

b) Färbungen von Kunstseide (Nr. 138—145 und 311 bis 336 der Preisliste) Schwarz und Farbig 30 v. S. (bish. 20 v. S.) Visa-Bändchen 20 v. S. (bish. 20 v. S.)

Unabhängig von den obigen Steuerungsauflagen kommt für den Monat November der weitere Aufschlag infolge der Gestalt der Zinn-Preise in Betracht in gleicher Weise wie für den Monat Oktober angezeigt, d. h.:

M. 0,47 Rohgewicht für das kilo Seide bis einschl. 50/65 v. S. Erhöhung bei Couleurs und einschl. 50/60 v. S. Erhöhung bei Schwarz M. 0,88 Rohgewicht für die höheren Erhöhungen.

Die Berechnung dieses Zinn-Auflages erfolgt in der Weise, daß am Fuße der Farbrechnungen unter dem Steuerungsauflage die Beträge, die sich durch diesen besonderen Aufschlag wegen der Zinnpreise bei den einzelnen Posten der Rechnung ergeben, hinzugerechnet werden. Selbstverständlich kommen für diese Zuschläge nur diejenigen Nummern der Farbpreislifte in Betracht, für deren Herstellung Zinn verwendet wird.

Wie sich der „Verein deutscher Seidenwebereien“ zu der Erhöhung des Steuerungsauflages stellt, ist nicht zu ersehen. Hoffentlich soll dieser Steuerungsauflage auch dienen zu Steuerungsauflagen für die Färbereiarbeiter.

Den Nähfadensfabriken ist gestattet worden, die Mengen von Rohgarnen in beliebigen Qualitäten in den Nummern 20 englisch und aufwärts herstellen zu lassen, die zur Erzeugung von ein Drittel des bisherigen Inlandsverbrauchs an Nähwirm und Nähfaden erforderlich sind. Die Bewilligung erfolgt nur auf besonderen Antrag für jeden Einzelfall.

Als Grundlage für die Berechnung des Inlandsgebrauchs gilt der Verbrauch der Nähfadensindustrie an Rohgarnen in der Zeit vom 1. August 1913 bis 31. Juli 1914 unter Absetzung der Mengen von Rohgarn, die zur Herstellung von Nähfaden für die Ausfuhr und zur Herstellung von Säfel- und Strickgarnen verwendet wurden.

Vor einiger Zeit hat die Seeresverwaltung das Tragen von Wickelgarnmaschinen verboten. Nähere Gründe für das Verbot sind nicht angegeben worden; sie sind aber wohl darin zu suchen, den vorhandenen Vorrat an Wickelgarnmaschinen für Seereszwecke zu reservieren. Aus Varmer Fabrikantenkreisen wurden Klagen laut, daß durch dieses Trageverbot alte Arbeiter brotlos würden. Wir wissen nicht genau, wie die Sache sich heute verhält, sind aber der Meinung, daß, wenn es nicht schon erfolgt sein sollte, doch den Fabrikanten solcher Wickelgarnmaschinen mitgeteilt werden sollte, warum das Trageverbot erlassen worden ist. Denn sollte es erfolgt sein aus den von uns vermuteten Gründen, dann stände doch einer Weiterfabrikation, soweit Rohmaterial dafür vorhanden ist, nichts im Wege.

Das sogenannte „beschlagnahmefreie“ Baumwollgarn, welches jetzt viel angeboten wird, darf nicht, wie vielfach angenommen wird, zur Herstellung jeder beliebigen Web- oder Wirkware verwandt werden, sondern seine Verarbeitung darf nur erfolgen in dem Rahmen, in dem es das Herstellungsverbot für Baumwollwaren und die dazu erlassenen Ausnahmestimmungen gestatten.

Zur beliebigen Verarbeitung frei ist das Garn, das nach dem 15. Juni 1915 aus dem Ausland eingeführt oder das

aus Baumwolle gesponnen ist, die nach dem 15. Juni 1915 eingeführt wurde. Ferner ist zur beliebigen Verarbeitung frei...

Weiter hat sich die Seeresverwaltung entschlossen, auch die Garne zur Herstellung beliebiger Baumwollwaren aufarbeiten zu lassen, die infolge der Eigenart ihrer Aus-

Regierungskritik an der Tätigkeit der Kriegsfürsorgeämter.

Seit ein paar Tagen hat das Reich die Unterstützungsfähigkeit für die Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer erhöht. Diese Gelegenheit bemerkt jetzt der preussische Minister des Innern zu einer beachtenswerten Verfügung...

Im übrigen gibt mir die Tatsache, daß bei den Zentralinstanzen täglich zahlreiche Beschwerden von Unterstützungsbedürftigen einlaufen Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß eine von jeder Engherzigkeit freie Prüfung der Bedürftigkeitsfrage ein dringendes Erfordernis ist.

Es darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß bei der langen Dauer des Krieges die Bedürftigkeit nicht nur in dem Fehlen von Mitteln zur Bestreitung des Lebensunterhalts in die Erscheinung tritt, sondern sich auch in der Notwendigkeit der Beschaffung von Kleidungsstücken aller Art und beim Mangel des Winters - von Brennmaterial äußert.

Die Lieferungsverbände genügen ihren Verpflichtungen nicht schon, wenn sie von den Familien der Krieger die unmittelbare Not fernhalten, sondern sie sind darüber hinaus gebunden, ihnen ein Leben zu gewährleisten, das neben der Existenz der Familie auch die Möglichkeit der Erziehung der Kinder gestattet.

In diesem Erlaß wird den Lieferungsverbänden voller Ersatz der durch diesen Mehraufwand entstehenden Kosten durch das Reich zugesagt, so daß keine Gemeinde mehr aus finanziellen Bedenken weitestgehende Mehrleistungen durch örtliche Geldzuschüsse und Naturallieferungen zu scheuen braucht.

Blutdurst.

In Bonn a. Rh. erscheinen die „Deutschen Kriegsschriften“, und zwar im Verlag von A. Markus u. C. Weber (Znh. Dr. jur. Albert Ahn). In dem Heft 10 dieser Kriegsschriften präsentiert der frühere fortschrittliche Abgeordnete Dr. Heinz Potthoff eine literarische Arbeit, in der sich das Kapitel befindet: „Der Volkskrieg bedingt verschärfte Kriegsführung.“

Und nicht das schärfste oder letzte Gegenmittel. Zweifelnd jemand, daß die deutsche Seeresleitung auch zum äußersten Abwehrmittel greifen wird, ehe sie sich durch Aus-

der alle Früchte des schweren Ringens preisgibt? Immermehr! Dieses äußerste heißt Vertreibung der Millionen feindlicher Einwohner aus dem besetzten Gebiete, Tötung der Hunderttausenden von Gefangenen, die an unseren Vorräten mitzehren. Das wäre fürchtbar, aber unvermeidlich, wenn wir nicht anders durchhalten könnten.

Wir müssen sagen, daß uns beim Lesen dieser Zeilen brennende Scham beschlichen hat, und zwar um so mehr, als sich dieses Schamgefühl mischte mit dem Bedauern darüber, daß der Schreiber dieser Zeilen, die den deutschen Namen schänden, ein Mann ist, den wir bisher öfter aus vollem Herzen zustimmend in Wort und Schrift erwähnen konnten.

Vor kurzem erließ ein russischer Truppenkommandant die Drohung, etwaige deutsche Gefangene aus einem gewissen Frontbezirk ermorden lassen zu wollen, weil seiner Behauptung nach aus diesem Frontstück mit Dum-Dum-Geschossen geschossen worden sein sollte. Mit Recht war alles empört über diese angekündigte Brutalität, und erleichtert atmete man auf, als bekannt wurde, daß die deutsche Regierung nicht nur die Behauptung von der Verwendung von Dum-Dum-Geschossen als un-

Und es ist wahr. Es haben schon Verbrechen an wehrlosen Gefangenen stattgefunden. Kürzlich erst wurde berichtet, daß Kosaken die von ihnen begleiteten Gefangenen kurzerhand getötet hatten, um an einem Kampfe teilnehmen zu können. Wieder allgemeine Empörung über diese Bluttat. Aber das waren eben Kosaken. Das waren verwilderte Gesellen tiefster Kulturstufe. Aber ein Dr. Heinz Potthoff, durfte der für eine Bluttat plädieren, die jene verwilderten Gesellen als reine Waisenkinder erscheinen läßt?

„Mit der Verwirklichung seiner blutrünstigen Forderungen,“ so schreibt mit vollem Recht Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag“, „wären allerdings alle Untaten der Vergangenheit, die der Lamerlan und Dschingis-Khan einschließen, so sehr in den Schatten gestellt, daß man sie überhaupt nicht mehr zitieren würde. Es kommt gar nicht darauf an, daß Herr Dr. Potthoff die Abschachtung der Gefangenen nur bedingungsweise fordert - für den Fall nämlich, daß unsere Vorräte nicht reichen - das Entscheidende ist, daß es einen Deutschen gibt, der mit der Abschachtung der Gefangenen überhaupt als mit etwas Möglichem und unter Umständen sogar Notwendigem rechnet. Wie denkt sich denn übrigens dieser Herr das Los der in Rußland, Frankreich, England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, wenn sein Vorschlag bei uns zur Ausführung gelangte? Zehntausende unserer Brüder befinden sich doch in feindlichen Händen. Was sagen zu der Potthoffschen Idee die Hunderttausende von Deutschen, die ihre Söhne, ihre Brüder, ihre Verlobten, ihre Freunde in feindlichen Gefangenenerlagern wissen? Haben Dr. Potthoff und sein Verleger an diese Seite der Sache überhaupt nicht gedacht, als sie die blutrünstige Ungeheuerlichkeit der Welt unterbreiteten?

Gerade wegen der Persönlichkeit des Verfassers, so schreibt Herr v. Gerlach, ist eine möglichst einmütige Zurückweisung seiner Vorschläge geboten. „Nicht wegen der ihm zugrunde liegenden Gesinnung halte ich den lauten und geschlossenen Protest der deutschen öffentlichen Meinung für angezeigt. Wir bedauern es, daß es einen Deutschen gibt, der solche grauenhaften Gedanken hegt. Aber alle Welt soll wissen, daß nur ein Deutscher sie hegt. „Barbaren“ nennen uns gehässige Feinde. Barbaren wären wir wirklich, wenn es auch nur einen Bruchteil von Deutschen gäbe, der sich nicht mit Entrüstung und Ekel gegen den Gedanken eines „eventuellen“ Gefangenenermordes auflehnte. Uebrigens - das Wort „Barbar“ scheint mir viel zu milde für die Potthoffsche Monstrosität.“

Wir möchten dazu nur noch sagen, daß es doch wohl gewiß an der Zeit wäre, anstatt sich in der Fabrikation solcher Blutrünstigkeit zu üben, darüber nachzudenken, wie am schnellsten die verlorenen Brüder für den Frieden zwischen den Völkern hergestellt werden könnten. K.

Zum Vorbild.

Wie die Erkenntnis der Notwendigkeit, weibliche Organisationsmitglieder zu den Verwaltungsarbeiten des Verbandes heranzuziehen, in allen Ländern mit kapitalistischer Produktion sich immer mehr durchsieht, davon berichtet das Verbandsorgan unserer holländischen Bruderorganisation in der Nr. 19 des laufenden Jahrganges.

Unter dem Titel: „Zum Vorbild“ lesen wir dort folgendes: „In der vorigen Nummer unseres Fachblattes stand unter Ortsverwaltungsnachrichten, daß in der Verwaltung Entschiede ein weibliches Mitglied durch Affirmation zum Vorstandsmitglied gewählt wurde. Diese Tatsache wollen wir nicht ohne weiteres passieren lassen und wollen konstatieren, daß diesem weichen Kaben ein herzliches Willkommen zugerufen wurde. Erklärend fügen wir hinzu, daß die Frau der Twente (holländischer Landesteil, zu dem Entschiede gehört) nur sehr schwer in die Bewegung hineinzubringen ist. Ganz allgemein ist es aber die Frau, welche auch bei der Organisationszugehörigkeit des Mannes eine immer bedeutendere Rolle spielen wird. Und weil wir das wissen, begrüßen wir es von ganzem Herzen, daß auch unter den Frauen der Begriff der Organisation durchdringt. Wir nennen es eine mutige Tat, daß sich eines unserer weiblichen Mitglieder an die Seite der Männer stellt in der Erkenntnis, daß die Propaganda unter den Frauen selbst betrieben werden kann. Und wir hoffen, daß das Zusammenarbeiten mit den männlichen Vorstandsmitgliedern in dem Geist sein wird, daß in nicht allzu langer Zeit neben diesem einen weiblichen Vorstandsmitglied ein zweites gewählt werden wird, damit so von den weiblichen Textilarbeitern die Notwendigkeit des Wesens unserer Organisation in erhöhtem Maße begriffen wird.“

Gegenüber unserer Organisation ist der holländische Textilarbeiterverband nur eine kleine Organisation. Entschiede ist die größte Ortsverwaltung des Verbandes. Diese kleine Organisation hat es aber während der Kriegsdauer verstan-

den, ihren Mitgliederbestand noch etwas zu steigern. Und das, trotzdem auch im neutralen Holland ein großer Teil der männlichen Bevölkerung zum Schutz des Landes unter den Waffen steht und auch die Industrie nicht ohne Schwierigkeiten arbeiten kann. Die Steigerung der Mitgliederzahlen wird also auf die zunehmende Erkenntnis der weiblichen Textilarbeiterschaft von der Organisationsnotwendigkeit zurückzuführen sein.

In der Notiz wird betont, daß auch in bezug auf die Organisationszugehörigkeit des Mannes die Frau eine immer größere Rolle spielen wird, und daß die Propaganda unter den Frauen am besten durch Frauen betrieben wird.

Dieser Hinweis macht die Notiz auch für deutsche Textilarbeiterinnen wertvoll. Denn sie enthält für jede die Mahnung, selbst zu unteruchen, ob sie der Organisationszugehörigkeit ihres Mannes hemmend oder förderlich gegenüberstand. Wie viele Männer fanden bei ihren Frauen starken Widerstand gegen die Organisation!

Jetzt sind die meisten unserer männlichen Mitglieder draußen auf den Kriegsschauplätzen. Sie schützen draußen mit ihrem Leben die Heimat, in der die Zurückgebliebenen alles schützen und erhalten sollen, was die Arbeiterklasse sich schuf. Möchten deshalb die vielen, die der Organisation zwar angehören, aber sich nicht in ihr und für sie betätigen, aus dem Beispiel der holländischen Kollegin lernen, sich der Organisation in dieser schweren Zeit für die Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Sind auch die mitarbeitenden Kolleginnen bei uns nicht so selten wie in unserem Bruderverbände, so könnten doch entsprechend der höheren Zahl weiblicher Mitglieder und der immer mehr wachsenden Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der Verwaltungsgeschäfte weibliche Mitarbeiter noch überall gebraucht werden. Die Pflicht gegenüber unseren Freunden im Felde erfordert es, daß jede Kollegin sich der Wichtigkeit ihrer Aufgabe: für die Erhaltung der Organisation alles einzusetzen, bewußt sei!

Martha Soppé.

Aus den Gewerkschaften.

Ein Gedenktag der deutschen Gewerkschaftsbewegung war der 17. November. An diesem Tage des Jahres 1890 wurde die Einsetzung einer Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschlossen. Diese konnte also am 17. November dieses Jahres (1915) auf ihr 25-jähriges Bestehen zurückblicken, ihr Vorsitzender, Genosse Regien, auf eine 25-jährige Amtstätigkeit. Die Generalkommission sollte als sichtbares Bindeglied der Gewerkschaften gelten, was sie auch in der Tat wurde und bis jetzt geblieben ist. Es wurden ihr - von der Gewerkschaftskonferenz, welche am 16. und 17. November 1890 in Berlin tagte - folgende Aufgaben zugewiesen:

„Einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß einzuberufen und eine Vorlage für die Organisation der deutschen Gewerkschaften auszuarbeiten, ferner allen Angriffen des Unternehmertums auf die Organisation der Arbeiter entgegenzutreten und bei solchen Angriffen die Einzelorganisationen zu unterstützen; des weiteren wurde der Generalkommission die Aufgabe zugewiesen, die Organisierung der wirtschaftlich schwach gestellten Arbeiterschichten in die Hand zu nehmen und die gewerkschaftliche Agitation in den von der Gewerkschaftsorganisation noch nicht erfaßten Landesteilen zu leiten.“

Sie hat diese Aufgaben - und später noch viele andere - getreulich erfüllt und die deutschen Gewerkschaften zu einer Entwicklung - in jeder Hinsicht - gebracht, die unseren Genossen im Auslande fast ohne Ausnahme als nachahmenswertes Muster galt. Hoffen wir, daß es auch in Zukunft so sein wird, trotz des dazwischengekommenen Krieges, der die Ansichten über deutsche Arbeitererrungenschaften im Auslande - hoffentlich nicht für immer - hier und da leider gewandelt hat.

Soziales.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Eine Reihe Gewerkschaften haben bereits mit den in Frage kommenden Unternehmerorganisationen Vereinbarungen zwecks Beschäftigung der Kriegsbeschädigten des Berufs getroffen, die verdienen, allgemein bekannt zu werden. Zum Teil verpflichten die Abmachungen die Unternehmer sogar, die Kriegsbeschädigten wieder an ihre früheren Arbeitsplätze zu stellen, wenn die Kriegsbeschädigten solche Plätze ausfüllen bezw. ihre frühere Arbeit, wenn auch nicht in dem früheren Umfang, ausüben können. Wo das nicht der Fall ist, soll ihnen andere Beschäftigung, deren Verrichtung ihr Zustand erlaubt, angewiesen werden. Ist die Unterbringung eines Kriegsbeschädigten an seiner früheren Arbeitsstelle nicht möglich, soll sie in einem anderen Betriebe des Berufs versucht werden. Ist sie im Beruf nicht möglich, anderweitig. Benachteiligungen des Kriegsverletzten anderen Arbeitern gegenüber sind ausgeschlossen; seine Rente kommt nicht bei der Lohnzumessung in Berechnung, und soweit tarifliche Lohnverabredungen bestehen, gelten sie auch für die Kriegsverletzten - in der Regel aber wohl nur insoweit, wie ihre Leistungen der vollen Lohnzahlung entsprechen. Zwischen organisierten und unorganisierten Kriegsbeschädigten scheint in keinem Betracht ein Unterschied gemacht zu werden.

Kriegsarbeitslojenfürsorge in der Amtshauptmannschaft Chemnitz. Eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter, die in Chemnitz tagte, beschloß, bei der Amtshauptmannschaft Chemnitz zu beantragen, die Arbeitslojenunterstützung nach folgender Grundlage zu regeln: Für alleinlebende männliche Personen mit eigenem Haushalt wöchentlich 10 Mk., für solche weibliche 9 Mk., für männliche über 16 Jahre alte, die bei den Eltern wohnen, 6 Mk., für solche weibliche 5 Mk., für Ehepaare ohne Kinder 14 Mk., für jedes Kind unter 16 Jahren 2 Mk. Bei verfürzt Arbeitenden soll der Arbeitsverdienst auf die Unterstützung zu 80 Proz. in Anrechnung gebracht werden. Mietzuschläge sollen bis zu 60 Proz. des Mietbetrages gewährt werden können. Kleine Ersparnisse bis zu 3000 Mk. sollen auf die Unterstützung ohne Einfluß bleiben. Desgleichen kleine Unterstützungsbeträge, wie die Gewerkschaften sie zahlen.

Erleichterung zur Einstellung weiblicher Arbeitskräfte. Das sächsische Ministerium des Innern hat die Gewerbeaufsichtsbeamten ermächtigt, die Vorschriften, welche die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in Fabrikbetriebe erschweren, für die Kriegszeit zu mildern. Diese Verfügung ist recht bedauerlich, weil durch sie die Arbeiterinnenbeschäftigungen nahezu gänzlich ausgeschaltet werden. Für Sachsen wird dadurch auch der Teil der Verfügung des Reichsanzalters vom

8. August 1911, betreffend Beschäftigung gewerblicher Arbeiter, aufgehoben, der ausdrücklich hervorhebt, daß nicht allgemein die Arbeiterbeschäftigungen durch die Notgesetzgebung vom 4. August ausgeschaltet worden sind, sondern Ausnahmen nur in besonderen Fällen zugelassen werden sollen. . . . „beispielsweise wenn es sich aus Mangel an Räumen oder an Maschinen als unmöglich erweisen sollte, dem infolge des Kriegszustandes vermehrten Arbeitsbedürfnis durch Einstellung von neuen Arbeitskräften Rechnung zu tragen, oder wenn es sich um dringende Ausführung von Arbeiten handelt, für die besonders geschulte Arbeitskräfte notwendig, aber zurzeit nicht zu haben sind.“ In der Begründung zu dieser Verfügung heißt es dann u. a.: „Während für manche Industriezweige, namentlich solche, die für den Heeresbedarf und die Nahrungsmittelindustrie arbeiten, mindestens vorübergehend eine außergewöhnliche Häufung der Arbeit eintritt, ist für andere Industriezweige nach Möglichkeit Vorsorge zu treffen, daß sie nicht zum Stilliegen kommen. Um beiden Erfordernissen Rechnung zu tragen, insbesondere, um der nicht zum Kriegsdienste herangezogenen männlichen und der weiblichen Bevölkerung in weitestgehendem Maße Beschäftigung zu sichern, müssen Ausnahmen von den Beschränkungen, die die Gewerbeordnung für die Beschäftigung von Arbeitern vorsieht, zugelassen werden.“ Nun hat sich aber herausgestellt, daß in Betrieben, die stark beschäftigt sind, Arbeiterinnen in ungeheurer langer Arbeitszeit tätig sein müssen — Tag- und Nachtschichten von 11 und 12 Stunden sind meist an der Tagesordnung —, während auf der anderen Seite Tausende von Arbeitskräften vergeblich sich um Beschäftigung bemühen. Nach den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise ist die Arbeitslosigkeit besonders unter den Arbeiterinnen bereits erschreckend hoch. Andere müssen sich mit verkürzter Arbeitszeit und natürlich auch mit verkürztem Verdienst begnügen. Von einem Mangel an genügenden Arbeitskräften kann also unter diesen Umständen keine Rede sein. Im Gegenteil, alle können nicht einmal Verwendung finden. Die wirklich vorhandene Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen kommt dabei gar nicht mal zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Arbeitslose oder in ihrem Verdienst erheblich beschränkte Personen sind aber bei der herrschenden Teuerung der größten Not preisgegeben, die bedeutend gemildert werden könnte, wenn ein Ausgleich der vorhandenen Arbeitsgelegenheit herbeigeführt und nicht ein Teil der Arbeitskräfte in überlanger Arbeitszeit ausgenutzt werden würde. Daß angesichts der vorhandenen Situation noch besondere Erleichterungen zur Ausschaltung der Arbeiterbeschäftigungen durch eine Behörde geschaffen werden, ist deshalb nicht zu verstehen. — Der Vorgang zeigt wieder einmal, wie interessiert die gesamte Arbeiterkraft an dem Einfluß der Arbeiterorganisation auf die Regierung ist.

Aus Handel und Industrie.

C. T. I. Die Frage der Uniformtuche in Friedensfarben. Der Notstand für Handel, Gewerbe und Industrie, die an der Herstellung und dem Vertrieb von Uniformtuchen beteiligt sind und noch große Kosten von solchen Tuchen in Friedensfarben liegen haben, ist nimmehr im Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags zur Sprache gekommen. Der Kriegsminister hat erklärt, daß auch in Bayern die feldgrauen Farben zur Einführung gelangen, daß aber dabei „den Interessenten von Handel, Gewerbe und Industrie tunlichst Rechnung getragen wird“. Und ein Mitglied des Ausschusses hat noch besonders betont, „bei Einführung der feldgrauen Uniform möge man durch eine Uebergangsfrist auf die großen Wolltuchbestände der Schneider Rücksicht nehmen“. (Dies gilt natürlich noch in erhöhtem Maße für Handel und Industrie, wenn auch im allgemeinen — aber nicht durchwegs — leistungsfähige Schultern getroffen werden! Noch wichtiger als die Uebergangsfrist wäre die Weibehaltung eines einzelnen Kleidungsstückes in Friedensfarben, etwa des Interimsrockes.) — Unter diesen Umständen läßt sich hoffen, daß wenigstens in Bayern der Uebergang in möglichst schonfamer Weise vollzogen wird. — Weniger günstig sind die Aussichten in den anderen Bundesstaaten. Immerhin hat das Preussische Kriegsministerium der Vereinigung deutscher Uniformtuch-Großhändler zugesagt, es würde sich mit den anderen Stellen, die Uniformtuch konsumieren, ins Benehmen setzen, um zu erreichen, daß diese teilweise den Bestand an Tuch in Friedensfarben übernehmen. Dieser Uebernahme wird allerdings die Dualität der Ware hindernd entgegenstehen, die für den Bedarf dieser Stellen zu sein und zu teuer ist. Außerdem wird auch eine Umfärbung nur dann vorgenommen werden können, wenn bereits feste Aufträge vorliegen, da sonst nur neue Verluste zu den alten hinzutreten. Da sich solchen „Anregungen“ gegenüber im übrigen nur allzu häufig die Stellen, die angeregt werden sollen, sehr spröde verhalten, so erscheint der Vorschlag der Vereinigung deutscher Uniformtuch-Großhändler, eine staatliche Wertungsgesellschaft zu schaffen, die im Einvernehmen mit den wirtschaftlichen Interessentengruppen, die Millionenwerte verkörpern, die Bestände anderen Zwecken zuführt, als der einzig gangbare Ausweg. Wenn auch nicht von einer eigentlichen Wollknappheit gesprochen werden kann, dürfte doch der Umstand, daß Tuche bester Qualitäten sonst den Wollen zum Fraß anheimfallen — ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Schädigung der Beteiligten — dabei stark ins Gewicht fallen.

C. T. I. Aus der internationalen Textilindustrie. Die Schwierigkeiten der Rohstoff- und ganz besonders der Farbstoffbeschaffung im italienischen Webstoffgewerbe dauern fort. Die Hersteller von Wollwaren erheben deshalb auch Widerspruch gegen die Absicht italienischer Wollzüchter, ihre Erzeugnisse auf den Londoner Markt zu bringen. Den Wollwarenherstellern fehlt es an genügenden Mengen Zephyrgarnen. Die Lage des Webstoffgewerbes in den Balkanstaaten ist wenig vertrauensweckend; viele Betriebe, die in den letzten Jahren sich ziemlich emporgearbeitet hatten, arbeiten mit Verlust. Und dies alles, trotzdem die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse zurückgegangen ist. Die Berichte aus den skandinavischen Ländern lauten auch in dieser Woche verhältnismäßig günstig. In Schweden und Norwegen nimmt die Herstellung von wollenen Decken, die sonst vom Auslande kamen, an Umfang zu. Während der Markt für Baumwollergzeugnisse in England recht ruhig

liegt, haben die Wolle verarbeitenden Zweige sehr gut zu tun. Das Feinengewebe arbeitet ebenfalls unter den günstigsten Bedingungen. Holland, dessen Feinengewebe ohne besondere Bedeutung ist, macht unter den Einwirkungen des Krieges Anstrengungen, diesen Zweig zu vergrößern. Aus Japan und Nordamerika liegen weitere Berichte vor, die eine Erstarfung des Webstoffgewerbes in diesen Ländern melden.

Berichte aus Fachreisen.

Barmen. Zu den Opfern, die der Weltkrieg schon gefordert, gehört nun auch der Angestellte der Filiale Barmen, der Beitragsammler Adolf Weidlich. Der Kollege Weidlich wurde am 3. März als Angehöriger zum Heeresdienst eingezogen und kam nach seiner Ausbildung an die Front im Westen, wo er auch — am 5. Oktober — seinen Tod fand. Früher Riemendreher, wurde er als erster Beitragsammler angestellt und stand seit dem 3. Juni 1909 im Dienste der Filiale Barmen. Seinen Posten hat er stets mit Pflichteifer und Geschäftlichkeit versehen. Sein offener Charakter wird ihm in weiten Kreisen der Wuppertaler Mitglieder ein ehrendes Andenken sichern. Möge ihm die fremde Erde leicht sein!

Guben. (Wie Textilarbeiter leben.) Viel Kopfzerbrechen machten scheinbar der besitzenden Klasse die sogenannten fleischlosen Tage. Nach den bisher veröffentlichten Speisezetteln für diese fleischlosen Tage läßt es sich schon noch leben. Die Nachfrage nach Seefisch, dem Fleisch der armen Leute, ist durch die Maßnahmen der Regierung gesteigert worden, d. h. die Preise sind bedeutend gestiegen; dem Winderbemittelten wird also, weil an zwei Tagen kein Fleisch gegessen werden soll, von den Besitzenden der bisher billige Schellfisch usw. verteuert. Ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung ist jetzt auf Kartoffeln und Brot angewiesen. Beides gehört zu einer kräftigen Hausmannskost, für sich allein wird es wohl schwerlich die Kräfte und Säfte zu einem kräftigen Volkstumme liefern. Gern, ja man möchte sagen, fast freudig erfüllt der Mann aus dem Volke dem Vaterland gegenüber seine Pflicht. Ob er aber auf die Dauer so weiter leben kann, wie folgender Wochen Speisezettel einer sechs-köpfigen Textilarbeiterfamilie zeigt, ist doch mindestens sehr fraglich. In dieser Familie ist der Ehemann vor kurzem verstorben; die Frau kann nicht mitarbeiten, da fünf Kinder zu versorgen sind. Das Einkommen besteht aus dem Kostgeld der drei ältesten Kinder im Alter von 15—20 Jahren. **Montag:** Kartoffel-Pflanze. **Dienstag:** Ein saurer Perring mit Kartoffeln. **Mittwoch:** Kartoffeln, Mohrrüben und für 30 Pf. Fleisch. **Donnerstag:** Kartoffelkloße mit dünner Speckstufe. **Freitag:** Saure Kartoffeln mit abgetrockneten Pilzen. **Sonntag:** Pellkartoffeln mit Palmöl und Zwiebel. **Sonntag:** Kartoffeln mit Mostribsauce und 1/2 Pfund Rindfleisch. Also nicht nur zwei, sondern sogar fünf fleischlose Tage in der Woche sind für diese Familie die Regel, ohne daß für das fehlende Fleisch ein gleichwertiger Ersatz in anderen wichtigen Nährstoffen den erforderlichen Ausgleich bietet. 70 Pfund Kartoffeln in einer Woche, wo sollen da dem Körper die für die Arbeit notwendigen Kräfte zugeführt werden. Man vergleiche damit die unläugbar veröffentlichten Speisezettel.

Sagan. (Zur Lage der Textilarbeiter.) Am Mittwoch, den 3. November, fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der Textilarbeiter- und -arbeiterinnen im Gewerkschaftslokal statt. Veranlassung zu der Versammlung gaben hauptsächlich die angeleglich niedrigen Löhne in der Weberei der Moskauer-Bezirksfabriken sowie Klagen wegen schlechten Materials. Auch soll sich der Herr Direktor Schmidt gegenüber der beschwerdeführenden Weberin unliebsamer Medensarten bedient haben. Aus all den Gründen wurde eine Kommission gewählt, welche im Beisein mit dem Gauleiter am Donnerstagnachmittag bei der Firma vorstellig wurde. Nach einer sachlichen Aussprache beiderseits wurden den Weberinnen annehmbare Zugeständnisse in Lohn und Behandlung gemacht.

Schiltach. In anerkanntester Weise hat die hiesige Tuchfirma Karlin u. Co. die bestehende Teuerungszulage je nach Bedürfnis bis zu 20 Proz. erhöht, was von den bedrängten Arbeitern freudig aufgenommen wurde. Es wäre nur zu wünschen, daß dieses Beispiel den anderen hiesigen Firmen (auch außerhalb der Tuchbranche) einen Ansporn zur Nachahmung geben würde.

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ ist das 7. Heft vom 1. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 23. Nummer des 32. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist nun soeben Nr. 4 des 26. Jahrgangs zugegangen. Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Zum Totenfest.

(21. November.)

Mit rauher Hand der Herbstwind hat geschüttelt
Das welke Laub von Strauch und Baum.
Er hat geschüttelt und gerüttelt
Bis auch das letzte Blatt fiel durch den Raum;
Nur alte Eichen konnten sich bewahren
Ein Winterkleid, doch gelb und matt,
Und sich den Fall für später sparen —
Doch dann wird fallen Blatt um Blatt.

So geht's im Kreislauf der Natur:
Das Morsche dem Verderben anheimfällt.
Und Junges tritt dann in des Alten Spur,
Das wieder eine Zeitlang stand darin hält —
Bis es dann selber wieder Jüngerem weicht,
Das wieder alt dann wird und stirbt,
Ganz still sich aus dem Leben schleicht,
Restlos vergeht dann und verdirbt.

Und diesem Wechsel unterstellt
Ist auch der Mensch, der Schöpfung Krone;
Denn auch bei ihm das Alte fällt;
Das Junge steigt empor zum Throne
Und tritt die Herrschaft steigend an
Und lenkt und leitet das Geschick
Der Menschheit, wenn sie kann,
Zu deren Wohl und Glück.

Und jeder, der sich nützlich machte
Auf seines Lebens oft nur kurzem Wege
Und sorglich über feinesgleichen wachte,
Daß diesen gute Schickung nur bewege —
Wird heute um so mehr betrauert und beweint,
Je näher sein Herz an der n Herzen stand,
Sein Sinn mit andern war vereint,
Je inn'ger er mit andern sich verband.

Man denkt heut seines Schaffens, seiner Mühen,
Denkt seiner Taten, die von Liebe quollen,
Däht sie im Geist an sich vorüberziehen
Und würdigt sie und sein gekamtes Wollen.
Und diese Würdigung bringt man zur Geltung
Durch Liebeszeichen auf sein schales Grab;
Man übt so still und stumm Vergeltung
Für alles, was der Tote uns einst gab.

So ist's daheim. Doch wie bei jenen,
Wo Massengrab an Massengrab sich reiht?
Wo hunderttausend Krieger tot sich dehnen,
Von Feindeswaffen in den Sand gelehrt?
Wohl denkt man i hrer Haut noch mehr als andrer —
Sind sie doch Opfer ganzer Völker Unglücks —
Doch bis zu ihnen findet heut kein Wandrer,
Kein Mitgenos so jäh gebrochen Glücks. — —

Herbstwinde wehen durch die Lande,
Wehn über Gräber auch, von Blut umflossen.
Berrissen wurden jählings zarte Bande;
Sie schienen für die Ewigkeit geschlossen.
Die Blätter sind gefallen in den Hainen,
Die Väter, Söhne auf des Krieges Wegen;
Frau, Mutter, Schwester, Braut still in sich weinen,
Anklagend fragend nur: Was wegen? . . .

P. W.

Briefkasten.

G. P. in Forst. Ein solches Buch ist uns leider nicht bekannt. 1000. Der Wortlaut und die Ausführung des Testaments ist so richtig und das Ganze gültig. Wie Sie zu wissen scheinen, muß der Name die letzte Zeile bilden, die Unterschrift also buchstäblich unter dem Ganzen stehen. Jeder von Ihnen muß aber sein Testament von Anfang bis Ende selber schreiben — mit Tinte. Der Mann also das seinige, die Frau das ihrige. Als gemeinsame Ueberschrift würde sich empfehlen: „Unser Testament“, wenn sie für beide Testamentante gelten soll; sonst müßte jedes einzelne überschrieben sein „Mein Testament“ oder „Mein letzter Wille“. Es muß aber an gewisser Stelle Ihres Entwurfs heißen: Mein . . . Kind setze ich . . .

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 21. November, ist der

47. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 4. Bocholt u. B. K: Gustav Nagel, Bienenhorster Weg 210/25.
Duisburg. Kollege Reßlermann ist eingezogen. V: Gustav Meher. Alle Sendungen an Frau Ida Schiller, Neuborfer Straße 147 II.

Wülfrath (Kr. Mettmann). Die Filiale ruht.
Gau 10. Geithain. B: August Schmiedel, Bahnhofstr. 14.
Gau 13. Calbe a. d. S. K: Heinrich Grünberg, Grabenstraße 53.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.
Braunschweig. Pavel Borhaja, 46 J., Lungentzündung.
Crimmitschau. Willy Schumann, 25 J., Lungenerkrankung.
Hof i. B. Heinrich Puchta, Spinnelei, 25 J.
Gelenau. Auguste Anna Darr, Auerbach, 47 J., Lungenerkrankung.
Gera. Peter Heinrich, 31 J., Paul Degthwik, 37 J., Gustav Baumgartel, 52 J.
Greis. Auguste Schumler, Appreturarbeiterin, 74 J., Schlaganfall.
Kottbus. Anna Scholtka, Knoterin, 29 J., Lungenerkrankung, Georg Jach, Appreturarbeiter, 21 J., Athma.
Krefeld. Wilhelm Wanz, Weber, 54 J., Darmkatarrh.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Aachen. Hugo Koll, Tuchweber, 28 J., Lungentuberkulose.
Barmen. Fritz Weigand, Küstrierer, 34 J., Albert Schürmann, Teppichweber, 22 J., Walter Heu, Stückfärbler, 29 J., Richard Vog, Wäschebandwirker, 24 J., Adolf Weder, Seidenbandwirker, 30 J., Walter Hagemann, Weicher, 25 J., Rudolf Rehnhoff, Riemendreher, 22 J., Julius Weperling, Wäschebandwirker, 30 J., Fritz Roth, Riemendreher, 24 J.

Peter Böding, Wäschebandwirker, 30 J., Erwald Wiggershaus, Wäschebandwirker, 36 J.
Barmen. Adolf Weidlich, Beitragsammler, 34 J.
Braunschweig. August Schemaff, 28 J.
Burkhardtshof. Otto Gähnel, Wicher, 32 J. (Schriftf. u. F.)
Crimmitschau. Fritz Kirsten, 22 J.
Chemnitz. Hermann Albert Schumann, Wicher, 25 J., Paul Emil Butter, Kauer, 29 J.
Forst i. A. Adolf Baumeister, 25 J., Arthur Behrend, 22 J., Hermann Fehner, 30 J., Alfred Fricius, 29 J., Carl Fiedler, Röhndorf, 37 J., Emil Hoffmann, 29 J., Paul Hamburger, 32 J., Otto Langer, 26 J., Paul Marko, 24 J., Otto Rechem, Röhndorf, 28 J., Richard Schulz, Sacro, 24 J., Alfred Schneider, Scheune, 33 J., Emil Stiller, 27 J., Gustav Wurchau, 31 J.

Gelenau. Friedrich Albert Wöttrich, Auerbach, 22 J.
Gelenau. Emil Willy Herrmann, 25 J., Paul Emil Heidebrandt, Auerbach, 26 J.
Gera. Willi Junold, 31 J., Paul Meinhardt, 34 J., Paul Richter, 32 J.
Glauchau. Johannes Fraas, 30 J., Grelitz, Felix Groiche, 25 J., Hof i. B. Nikol Mexner, Weber, 21 J., Heinrich Fleßa, Spinnelei, 21 J.
Kottbus. Adolf Raack, Weber, 34 J., Paul Raitnoch, Weber, 31 J.
Krefeld. Ernst Römer, Färber, 25 J.
Landeshut. Reinhold Schreiber, 24 J.
Leipzig. (Verichtigung.) Der in Nr. 43 als gefallen gemeldete Kollege Artur Fülle ist nicht gefallen, sondern in Gefangenschaft geraten.
Limbach i. S. Max Willy Lindner, Langenberg b. S., 21 J.
Martredewitz. Wilhelm Görl, 20 J.
Ronneburg. Rob. Paul Parfscheff, Weber, 30 J., Woldeemar Drese, Weber, 23 J., Karl Loos, Färber, 34 J.
Wolfsbüttel. Rudolf Knospe, 30 J.
Zeulenroda. Paul Kiebling, Wicher, 26 J.
Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 20. November

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \odot verlebten Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Bornwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.